Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 276. | Freitag, 27. November | 1908.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 20, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295 — Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die Zeile kl. Schrift der 5mal gespalt. Ankündigungsseite 25 Pf., die Zeile größerer Schrift od. deren Raum auf 3mal gesp. Textseite im amtl. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingesandt) 75 Pf. Preisermäßigg. auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Königl. Spanischen Konsul Geh. Kommerzienrat Lüder in Dresden das Offizierskreuz des Albrechtsordens und dem Königl. Spanischen Vizekonsul Bankier Dr. jur. Lüder daselbst das Ritterkreuz 1. Klasse dieses Ordens zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem bisherigen Hausvater im Asyl für obdachlose Frauen, Gendarm a. D. Bretschneider in Dresden das Albrechtskreuz zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Kaufmann und Fabrikbesitzer Ritter in Dresden den ihm von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz verliehenen Titel „Hoflieferant" annehme und in der Form „Großherzoglich Mecklenburgischer Hoflieferant" führe.

Dem Postinspektor **Barnick** aus Breslau ist mit Wirkung vom 1. Juni 1908 ab, unter Ernennung zum Ober-Postinspektor eine Bezirksaufsichtsbeamtenstelle bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion in Dresden übertragen worden.

Nachdem Se. Majestät der König von Sachsen auf Grund von Art. 50 der Verfassung des Deutschen Reiches zu dieser Anstellung die landesherrliche Bestätigung erteilt haben, wird Solches zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 23. November 1908. 503 Postreg.

Finanzministerium. 8234

Die nächste öffentliche **Sitzung des Kreisausschusses** findet

Sonnabend, den 5. Dezember 1908, vormittag 11 Uhr

im Sitzungssaale der Königlichen Kreishauptmannschaft hier (Roßplatz 11, II) statt. I 1324

Leipzig, den 25. November 1908. 8240

Der Kreishauptmann.

Ernennungen, Versetzungen 2c. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums d. s Kultus u. öffentl. Unterrichts. Zu besetzen: die 2. Lehrerstelle an der kath. Kirchschule zu Seitendorf. Koll.: die oberste Schulbehörde. Außer freier Wohnung 1500 M. Grundgehalt, 75 M. für Sommerturnen und 75 M. für Fortbildungsschulunterricht im Winterhalbjahre. Bewerbungen sind mit den gesetzlichen Beilagen bis 15. Dez. beim K. Bezirksschulinspektor in Zittau einzureichen; — Ostern 1909 an den beiden mittleren Volksschulen in Stötteritz bei Leipzig 6 ständige Lehrerstellen, wovon 5 vorbehältlich der Genehmigung der obersten Schulbehörde neu errichtet werden. Koll.: der Gemeinderat. Anfangsgehalt eines ständigen Lehrers 1500 M. außer 350 M. Wohnungsgeld, erhöht sich nach 30jähriger Dienstzeit auf 3500 M. außer 700 M. Wohnungsgeld. Schulamtskandidaten bevorzugt, die die Fachlehrerprüfung im Turnen bestanden haben. Gesuche nebst den erforderlichen Beilagen bis 15. Dez. an den Koll.; — die Lehrerstelle an der zweiklassigen kath. Volksschule zu Grimma i. S. Koll.: das Apostolische Vikariat. Außer freier Wohnung und den gesetzl. Alterszulagen 1500 M. Gehalt, 150 M. für Überstunden, 100 M. Verwaltungsentschädigung, 30 M. aus der Plaidy-Stiftung nach 2jähriger Amtierung an der Schule; 48 M. event. an die Frau des Lehrers für Handarbeitsunterricht, 150 M. für Organistendienst in Grimma, 200 M. für Organistendienst in Wurzen. Gesuche mit den erforderlichen Beilagen bis 31. Dez. an das Apostolische Vikariat zu Dresden; — Ostern 1909 die 2. ständige Lehrerstelle an der Kirchschule zu Oberseifersdorf. Koll.: die oberste Schulbehörde. Außer Amtswohnung 1500 M. Grundgehalt, 75 M. für Sommerturnen, 75 M. für Fortbildungsschulunterricht im Winterhalbjahr und 25 M. für Vertretung des Kirchschullehrers im Kirchendienst. Kirchenmusikalische Befähigung erwünscht. Bewerbungen mit den gesetzlichen Beilagen sind bis 15. Dez. beim K. Bezirksschulinspektor in Zittau einzureichen; — vom 1. Jan. 1909 ab zwei ständige Lehrerstellen an den kath. Schulen zu Leipzig. Koll.: das Apostolische Vikariat im Königreiche Sachsen. Anfangsgehalt 1800 M., einschließl. Wohnungsgeld für Lehrer bez. 1700 M. für Lehrerinnen. Neue Gehaltsstaffel ab 1. Jan. 1909 in Vorbereitung. Gesuche sind bis zum 9. Dez. bei dem Apostolischen Vikariate zu Dresden einzureichen.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Deutsches Reich.

Vom Bundesrate.
(W. T. B.)

Berlin, 26. November. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden die Etats der Verwaltung des Reichsheeres, der Etat des Reichskolonialamts und die Etats der Schutzgebiete für 1909 angenommen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 26. November 1908.

Am Bundesratstische Staatssekretär Sydow und Unterstaatssekretär Twele.

Die erste Beratung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt.

Abg. Speck (Z.): Wir sind im Gegensatz zum Abg. v. Gamp der Ansicht, daß noch nie eine Finanzvorlage in den weitesten Kreisen des Volkes so großen Unwillen erregt hat, wie diese. (Sehr richtig! im Zentrum.) Alle möglichen Mittel und Wege sind versucht worden, um die Sache populär zu machen. Auch die Universitätsprofessoren durften nicht fehlen. Trotzdem läßt sich nicht ableugnen, daß die neuen Steuern in erheblichem Maße den Massenverbrauch der breiten Volksschichten belasten und die wirklich Besitzenden durch allerlei Manipulationen im Reichsschatzamte künstlich frei gelassen werden. Oft widerlegt ist die Behauptung der Linken und der Sozialdemokratie, daß unsere Zollpolitik die Ursache der Preissteigerung unserer Bedarfsmittel sei. Unserer Zollpolitik ist vielmehr der gewaltige Aufschwung unserer Industrie zu verdanken. (Zuruf links: Trotz der Zollpolitik!) Der Reichstag sollte nicht seine Zustimmung dazu geben, daß die sämtlichen gestundeten Matrikularbeiträge auf das Reich übernommen werden. Man kann ja dadurch entgegenkommen, daß man die Beiträge für 1908 auf das Reich übernimmt, die Beiträge aus 1906 und 1907 müssen aber unbedingt abgetragen werden. Wenn der preußische Finanzminister sagt, wir sind keine Schuldner des Reiches und haben nichts zu zahlen, so würde man das bei einem Privaten als einen Widerspruch mit Treu und Glauben verurteilen. Die Einzelstaaten sind doch mit dem Reich auf Gedeih und Verderb verbunden und müssen Interesse an den Reichsfinanzen haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Zur Besserung der Finanzen sind die gegenwärtigen Vorlagen wenig zu empfehlen. Meisterstücke sind sie weder nach Form noch nach Inhalt. Durch die Elektrizitätssteuer wird dem Süden des Reiches die Ausführung wichtiger Kulturaufgaben erheblich erschwert, steht doch Bayern vor der Elektrisierung seiner Staatsbahnen. Ebenso verwerflich ist die Nachlaßsteuer; sie wird wie ein Sprengpulver auf unser Familienleben wirken, gibt es doch mehr trauernde als lachende Erben. Der Gedanke eines Monopols ist mit dem Charakter des Reiches unvereinbar. Das Branntweinmonopol würde nur der erste Schritt zu weiteren Monopolen sein und zur Verstaatlichung der Produktion überhaupt hinüberführen, d. h. zum sozialistischen Staat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein großes Interesse würde die Öffentlichkeit daran haben, den Inhalt des Sparsamkeitserlasses des Reichskanzlers zu erfahren. Wie und wo soll gespart werden? Die altpreußische Sparsamkeit sollte zunächst in den oberen Schichten geübt werden. Die Lebensgewohnheiten unter dem alten Kaiser waren doch wesentlich einfacher, als die jetzigen. Das macht das Beispiel von oben. Dabei ist das Ansehen des Reiches im Auslande nicht gestiegen. (Sehr gut! im Zentrum.) Daß die verkehrte Polenpolitik auch auf das Reich übertragen worden ist, daran sind Abg. Dr. Wiemer und seine Freunde schuld, die für das Vereinsgesetz und die Ostmarkenzulagen hier gestimmt haben. Wenn hier an das patriotische Empfinden des Zentrums appelliert und das Zentrum eingeladen wird, an diesem schwierigen Werke mitzuarbeiten, so werden Sie es wohl begreiflich finden, wenn wir uns unsere eigenen Gedanken darüber machen, und Sie werden nicht erwarten, daß wir frisch und fröhlich an das Steuerwerk herangehen. Ich beantrage, die Vorlage an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf v. Schwerin-Löwitz (kons.): Ich möchte die Ausführungen meines Parteifreundes Frhrn. v. Richthofen dahin ergänzen, daß wir auch für die Besteuerung alkoholfreier Getränke eintreten werden, deren Fabrikation wesentlich billiger sich gestaltet als die der anderen Getränke. Wir behalten uns vor, zu beantragen, daß ein höherer Prozentsatz der zu erwartenden Überschüsse zur Schuldentilgung verwendet werde. Wir sind auch darin einig, daß eine Deckung der notwendigen Ausgaben auch durch stärkere Besteuerung des Luxus erstrebt wird. Soweit durch die indirekten Steuern der Bedarf nicht gedeckt wird, sind wir auch für die Heranziehung der Erbschaftssteuer und Wehrsteuer. Wir sind aber grundsätzlich gegen die Nachlaßsteuer wegen der Ausdehnung auf Deszendenten und Ehegatten. Beim etwaigen Scheitern der Reichsfinanzreform würde einzig und allein das Reich den Schaden davon haben. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Verbündeten Regierungen würde größer erscheinen als das der Reichstagsmehrheit. (Sehr richtig! rechts.) Ich weise für meine Partei die Unterstellung, als ob wir die Frage mit „konstitutionellen Garantien" oder anderen parteipolitischen Wünschen verkuppeln wollten, entschieden zurück (Bravo!), und wir lehnen auf einer solchen Basis auch eine Verständigung mit der Linken ab; mag sie dann die Verantwortung für das Scheitern der Reform übernehmen. Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit unbedingt für eine durchgreifende Reform der Finanzen (Sehr richtig! rechts), ihr Nichtzustandekommen mangels einer Verständigung im Reichstag würde im Lande nicht verstanden werden. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Oh, doch!)

Abg. Dr. Weber (nl.): Auch wir lehnen es ab, die Reichsfinanzreform mit Parteiforderungen zu verquicken. Das Zentrum wird nicht umworben zur Mitarbeit, es wird ihm nur nahegelegt, die Finanzmisère zu beseitigen, an der es mitschuldig ist und deren Verantwortung es mit zu tragen hat. Mit unserer Wirtschaftspolitik darf unsere finanzpolitische Lage nicht in Verbindung gebracht werden. Wenn eine gewisse Verteuerung eingetreten ist, so steht dem gegenüber die Steigerung der Einkommen und das Prosperieren unserer Landwirtschaft. Durch eine Reichsvermögenssteuer würden die Matrikularbeiträge ganz überflüssig. Die Einführung einer Reichseinkommensteuer ist jedoch zurzeit unmöglich. Ohne eine erhebliche Heranziehung des Besitzes zu den neuen Steuern sind wir für eine Regulierung der Reichsfinanzen nicht zu haben. Die Vermögenssteuer ist der Nachlaßsteuer, weil sie leichter zu erheben ist, vorzuziehen. Ein Branntweinmonopol wäre ebenso gerechtfertigt wie ein Eisenbahn-, Post- und Telephonmonopol. Das einzige Bedenken läge in der Notwendigkeit, neue Beamte zu schaffen. Die Bevorzugung der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien ist uns sympathisch. Ebenso wünschen wir gewisse Erleichterungen für die mittleren Brauereien. Der Banderolensteuer können wir nicht zustimmen. Die Inseratensteuer enthält so viel Schwächen und Fehler, daß sie in dieser Form keine Aussicht auf Annahme hat. Die Elektrizitätssteuer lehnen wir aus volkswirtschaftlichen Gründen ab. Alle geäußerten Bedenken werden uns jedoch nicht abhalten, in der Kommission an der Vorlage gründlich mitzuarbeiten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Südekum (soz.): Wir verlangen konstitutionelle Garantien in Verbindung mit dieser Vorlage. Solange das persönliche Regiment besteht, ist eine Steuererhöhung in irgendeiner Form für uns undiskutabel. Niemand hat bessere Finanzen bei seinem Amtsantritt vorgefunden als Fürst Bülow. Von da an folgte in der auswärtigen Politik ein Fehlschlag nach dem anderen, und nach jedem Fehlschlag hieß es: Mehr Geld für Heer und Marine. Die beständigen Eingriffe des beweglichen Faktors in unsere auswärtige Politik (Heiterkeit) zwingen die fremden Völker zu einem Akte der Selbstversicherung gegen uns. Aber die Zeit des klagelosen Ertragens des persönlichen Regiments ist vorbei.

Vizepräsident Dr. Paasche ersucht den Redner, sich mehr an die Sache zu halten.

Abg. Dr. Südekum (soz.) fortfahrend: Wenn der preußische Finanzminister auf die hohen Beiträge zu den Gewerkschaften verwies, so hat er übersehen, daß diese Beiträge lediglich von dem Familienvater getragen werden, während die 6 M. neuer Steuern auf jeden Kopf entfallen. Die Erhöhung der Biersteuer und noch mehr die Besteuerung der alkoholfreien Getränke führen dazu, daß der Arbeiter zum Fusel greift. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Branntweinmonopol lehnen wir ab, weil es eine parlamentarisch nicht qualifizierbare Begünstigung eines einzelnen Gewerbes ist.

Preußischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Durch die Elektrizitätssteuer wird bei dem Steuersatz von 5 Proz. und bei dem Satz von 2,4 Pf. pro Kilowattstunde eine Schädigung von Landwirtschaft und Handwerk nicht herbeigeführt. Aus den wachsenden Beitragsleistungen zu den Gewerkschaften, die im Jahre 1907 nicht weniger als 51 Mill. aufgebracht haben, geht hervor, daß auch die Arbeiter sehr wohl zu den neuen Steuern beizutragen in der Lage sind. Die Beiträge zu den Gewerkschaftskassen werden noch dazu zwangsweise erhoben (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Die Besteuerung der entbehrlichen Genußmittel kann dagegen der Arbeiter selbst bestimmen; jedermann ist bei der indirekten Besteuerung sein eigener Exekutor. (Heiterkeit.) Abg. Südekum hat vorgeschlagen, alle indirekten Steuern abzuschaffen und nur direkte Steuern zu erheben. Dann verzehren Sie doch den Regenwurm auf einmal (Heiterkeit), und konfiszieren Sie alles und jedes Vermögen. Ich muß bestreiten, daß die Sozialdemokratie das Recht hat, namens der deutschen Arbeiter zu sprechen. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Auch hinter den anderen Parteien steht eine große Zahl von Arbeitern, die zu den Opfern für das Reich gern bereit sind. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

*

Berlin, 27. November. Der für heute zusammenberufene Seniorenkonvent wird, wie einige Zeitungen wissen wollen, darüber entscheiden, ob die Anträge über die Ministerverantwortlichkeit am nächsten Mittwoch, wie festgesetzt war, zur Verhandlung kommen sollen oder nicht. Es macht sich eine Strömung geltend, welche die Debatte über die Anträge solange wie möglich hinausschieben will. Die Frage, ob der Reichskanzler sich an den Verhandlungen beteiligen wird, ist noch nicht endgültig entschieden. Man neigt jetzt in unterrichteten Kreisen der Annahme zu, daß Fürst Bülow sich bei dieser Gelegenheit im Reichstage vertreten lassen wird.

Ausland.

Österreich.
(W. T. B.)

Wien, 26. November. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth stellte das neue Kabinett vor, dessen wichtigste Aufgabe, wie der Minister ausführte, es ist, ein regierungsfähiges Gebilde zu schaffen, das nicht nur eine äußerliche Kooperation, sondern eine reale Grundlage für ein dauerndes Zusammenwirken der Parteien darstellen soll. Hierzu ist vor allem eine wohlwollende Neutralitätspolitik und die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens notwendig und ferner eines Belassungszustandes in nationalen